



Europa in Niedersachsen

Juli 2023

Europa-Union ruft zu Zusammenhalt und Solidarität auf

Liebe Leserinnen und Leser!

Am 9. Mai jährte sich die visionäre Rede des französischen Außenministers Robert Schuman, mit der er 1950 die Europäische Einigung in Gang brachte. Robert Schuman schlug vor, dass Deutschland und Frankreich die damals wichtigsten Wirtschaftsgüter Kohle und Stahl gemeinsam verwalteten. Dieses Bündnis stand anderen europäischen Ländern offen und brachte den beteiligten Staaten anhaltenden Frieden und Wohlstand. Heute ist daraus die Europäische Union geworden, die nicht mehr nur bei wirtschaftlichen Themen zuständig ist, sondern den Bürgerinnen und Bürgern auch im Alltag zahlreiche Vorteile bringt. Vorschriften zum Arbeits-, Verbraucher-, und Umweltschutz gelten in der ganzen EU. Europäische Förderprogramme unterstützen berufsbildende und kulturelle Projekte in den Städten und Gemeinden, Auslandsaufenthalte von jungen Menschen sowie Städtepartnerschaften und Schulaustausche.



Auch in unseren Kreisverbänden im Flächenland Niedersachsen sind viele Projekte mithilfe von EU-Fördergeldern realisiert worden. Dies machen unsere Mitglieder vor Ort immer wieder deutlich, so bietet zum Beispiel mein „Heimat-Kreisverband“ Hameln regelmäßig Führungen durch die historische Altstadt Hamelns durch, in deren Sanierung zum Beispiel Fördergelder geflossen sind und die zahlreiche weitere aus EU-Fördermitteln finanzierte Projekte zeigt.

Dem Frieden in Europa, den die EU und die umliegenden Staaten so lange bewahrt und gefördert haben, wurde durch den aktuell in unserem Kontinent für Erschütterung sorgenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine ein jähes

Ende gesetzt. Der Krieg brachte unermessliches Leid über die Menschen in der Ukraine und erschütterte die Staaten in Europa und weltweit. Auch in Russland leiden viele Menschen, die einen Krieg gegen ihr Nachbarland nie wollten oder diesen ablehnen, unter der Politik ihres „Präsidenten“ (man könnte auch sagen: Diktators) Putin, der offensichtlich den Verstand verloren hat. Anders sind aktuelle Handlungen und Äußerungen des Kreml-Chefs nicht mehr zu erklären.

Für mich persönlich ist es allgemein unerklärlich, warum so manche aktuell regierende Staatspräsidenten den Eindruck erwecken, nicht von Vernunft und Rationalität geleitet zu sein, sondern von Ideologie, übertriebenem Nationalismus oder sogar blankem Wahnsinn. Neben Putin fallen mir da unter anderem die Namen Kim Jong-Un, Erdogan (tatsächlich gerade wiedergewählt!) oder auch Trump (der zwar momentan nicht regiert, aber weiterhin enormen Einfluss auf seine Partei und die US-Politik und -Gesellschaft ausübt) ein, um nur einige zu nennen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten und Partner hat der Krieg noch enger zusammenrücken lassen.

Dies ist in einer Zeit, in der auch die USA kein verlässlicher Partner mehr sind – bei der nächsten Präsidentschaftswahl droht ein Zweikampf eines Kandidaten, der offensichtlich bereits teilweise dements ist gegen einen Rechtsaußen namens entweder

der Trump oder DeSantis – von enormer Wichtigkeit, auch in weltpolitischer Hinsicht. Es liegt an uns allen, dass dies auch in Zukunft so bleibt! Zusammenhalt und Solidarität sind nicht nur das politische Gebot der Stunde, sondern uns allen dauerhafter Auftrag, damit wir in Deutschland und Europa auch in Zukunft zusammen gut und sicher leben können.

Cord Wilhelm Kiel



Europa-Union im Braunschweiger Land nimmt Tradition der Europastunde wieder auf

Kreisverband Braunschweig. Seit über 30 Jahren führt die Europa-Union im Braunschweiger Land die traditionelle Europastunde durch, einen Empfang im Braunschweiger Altstadttrathaus, der traditionell von der Stadt Braunschweig unterstützt wird. Hauptreferentin war dieses Mal die Europaabgeordnete Lena Düpont aus Gifhorn, daneben gab es Grußworte der Braunschweiger Bürgermeisterin Annegret Ihbe und des Vorsitzenden des Regionalverbandes, Dr. Alexander Börger, sowie Erfahrungsberichte zu Schüleraustauschen und zum Aufenthalt in Deutschland.

In ihrem Grußwort, in dem sie auch die Grüße des Braunschweiger Oberbürgermeisters Dr. Kornblum überbrachte, ging die Braunschweiger Bürgermeisterin Annegret Ihbe auf die lange europäische Tradition Braunschweigs ein, die bereits zu Zeiten Heinrichs des Löwen begonnen habe und die sich heute etwa in den Städtepartnerschaften mit Nîmes und Bath, aber auch in der erst jüngst geschlossenen Solidarpartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Bila Zerkwa zeige.

Dr. Börger wies in seinem Grußwort auf die trotz der schwierigen Situation in der Corona-Pandemie durchgeführten Veranstaltungen (auch in digitaler Form) der Europa-Union hin. Er äußerte seine große Freude, dass jetzt wieder Veranstaltungen wie die traditionelle Europastunde möglich sind, und über die fortdauernde Unterstützung durch die Stadt Braunschweig, die es immer wieder möglich mache, das repräsentative Ambiente der Dornse, also des Braunschweiger Altstadttrathauses, zu nutzen.

In ihrem Hauptreferat ging MdEP Lena Düpont auf die innere und die äußere Verfasstheit der Europäischen Union und deren Wettbewerbsfähigkeit als die zentralen Herausforderungen der Gegenwart ein. Die Hoffnung, eine EU-Mitgliedschaft führe automatisch zu mehr Rechtsstaatlichkeit und einem Abnehmen der Korruption, habe sich leider in einigen Fällen nicht erfüllt. Deshalb sei es notwendig geworden, neue und vermehrt monetäre Instrumente gegen-

über manchen EU-Mitgliedstaaten zu nutzen. Die äußere Verfasstheit beinhalte dabei auch und insbesondere, dass die Europäische Union gegenüber Einflüssen von außen wehrhaft ist und bleibt. Hier habe sich insbesondere durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gezeigt, dass man lange und wohl zu lange in etlichen Bereichen von der Substanz gelebt habe. Hier gelte es insbesondere auch, das Ehrenamt zu stärken, um z.B. Katastrophenhilfe funktional zu halten. Die Wettbewerbsfähigkeit der EU werde wiederum aktuell vor allem durch die Herausforderungen im Umgang mit den USA und China auf die Probe gestellt.

Im Anschluss an die Grußworte und Referate berichteten eine Berufsschülerin der Otto-Bennemann-Schule von ihren Austausch Erfahrungen in Saloniki und ein Berufsschüler von einem Praktikum in Blanes/ Spanien. Zudem berichteten drei aus der Ukraine geflüchtete Frauen von ihren Erfahrungen in Deutschland, teilweise bereits frei auf Deutsch vorgetragen, und dankten der Bevölkerung in Braunschweig für die große Unterstützung.

Die nächste Europastunde wird in Braunschweig im Jahre 2024 im Vorfeld der Europawahlen stattfinden.

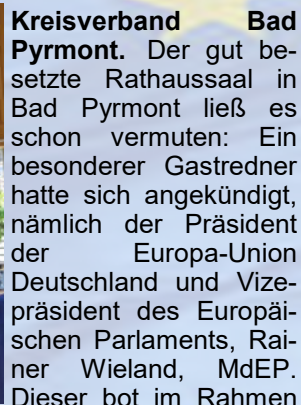
Dr. Alexander Börger



Foto von der Europastunde im Braunschweiger Altstadttrathaus. Hinter der Europaflagge von links nach rechts: Bürgermeisterin Annegret Ihbe, Dr. Alexander Börger (Vorsitzender des Regionalverbandes), MdEP Lena Düpont (Hauptreferentin).

Foto: Constantin Iliopoulos

EUD-Präsident Rainer Wieland zu Gast in Bad Pyrmont



eines gut einstündigen Vortrags einen Rundumschlag durch die aktuelle Europapolitik, auch vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine, den autokratischen Regimes in einigen Mitgliedsstaaten sowie antieuropäischer Strömungen.

„Die EU ist nicht perfekt, aber was hätten wir denn Besseres?“ fragte der Präsident zwar rhetorisch, aber nicht ohne Hintergrund. Denn die Herausforderungen der Zukunft, nicht zuletzt Flüchtlingsbewegungen, Klimawandel oder Sicherheitspolitik ließen sich nur in einer starken EU, deren Stimme auch international Gewicht habe, lösen. Rainer Wieland stand nach seinem stetes interessanten Vortrag noch ausführlich für Fragen und Diskussionen zur Verfügung, was die Mitglieder und Gäste sehr positiv aufnahmen. **Cord W. Kiel**



Europa-Union Pymont auf dem Tag der Vereine in Bad Pymont

Kreisverband Bad Pyrmont. Auch die Europa-Union nutzt die Gelegenheit, sich im Reigen der Vereine in Pyrmont vorzustellen. Ist dies doch eine gute Gelegenheit, auf die Vielfalt der Vereine aufmerksam zu machen. So gibt es für interessierte Bürger Möglichkeiten, sich ehrenamtlich einzubringen und sich damit für eine bessere Welt einzusetzen! Am 17. Juni war die Europa-Union, leicht zu erkennen an bunten Länderfahnen, vor Ort, mit Infos, Spiel (Europa-Quiz aus Hameln) und Spaß.



Europa: Zwischen Idee und Wirklichkeit, Aporien und Chancen heute



Kreisverband Vechta. Auf Einladung der Europa Union Vechta hielt am 13. Juni 2023 Herr Prof. Dr. Harald Seubert (Basel) in den Räumlichkeiten der Universität Vechta einen Abendvortrag zum Thema: „Europa: Zwischen Idee und Wirklichkeit, Aporien und Chancen heute“.

Professor Seubert, von Haus aus Philosoph, der sich intensiv auch mit aktuellen Phänomenen der politischen Ethik beschäftigt, ging bei seinem Vortrag auf die ideenhistorischen Grundlagen der Europäischen Einigungsidee ein. Hierbei betonte er vor allem die inhaltlichen Zwänge und Bruchli-

nien, die sich aus dem Konzept einer Einheit in der Vielheit ergibt. Die ideelle Trias von Athen (Demokratie), Jerusalem (Christentum) und Rom (Rechtsstaat) zeigt gerade in der Gegenwart ihre systematischen Anfeindungen und Lücken, die es zu überwinden gilt. Dem engagiert vorgetragenen Vortrag folgte eine intensive und anregende Debatte mit dem Publikum, das zur Hälfte aus Studierenden der Universität bestand, die sich erfreulicherweise mit zahlreichen Nachfragen und Kommentaren an den deutsch-schweizer Philosophen wandten.

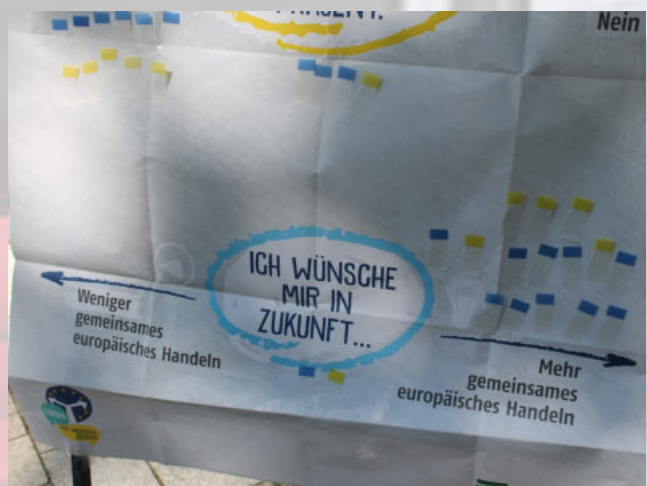
Georg Rosenbaum

Mehr gemeinsames Handeln in der EU!

Kreisverband Celle. Am Samstag, dem 13. Mai 2023, konnte die Europaunion Celle auf dem Brandplatz mit einem Infostand erfolgreich auf die aktuellen europapolitischen Themen hinweisen. Bei strahlendem Wetter konnten in vielen Gesprächen die aktuelle Lage in der EU insbesondere nach dem Angriffskrieg auf die Ukraine besprochen werden.

Überwiegend einig waren sich die Gesprächspartner und -partnerinnen darüber, dass wir mehr gemeinsames Handeln in der EU benötigen. Geworben wurde auch für unsere Veranstaltung am 01.06.2023 mit Lena Düpont MdEP und für die Berlinfahrt der Europaunion im Herbst. Nach den Besuchen von Vorstandsmitgliedern in Celler Schulen war es ein gelungener Abschluss der Europawoche 2023!

Kirsten Lühmann



Eine gemeinsame europäische Asylpolitik?

Meinung. Von Dr. Alexander Börger

Das Wesen eines guten Kompromisses ist, das hinterher niemand wirklich zufrieden ist, weil alle Beteiligten (schmerzliche) Zugeständnisse machen mussten. Unter diesen Vorzeichen betrachtet, ist die vorläufige Einigung im Asylstreit, die auf EU-Ebene im Juni 2023 erzielt werden konnte, wohl als ein echter Kompromiss zu betrachten. Ob er allerdings je in der verabschiedeten Form

Rechtskraft und v.a. Rechtspraxis erlangen wird, ist noch offen - weder ist klar, wie lange das notwendige Trilog-Verfahren dauern wird, noch sind die Einflüsse künftiger Parlamentswahlen z.B. in Spanien, aber auch auf EU-Ebene, derzeit absehbar.

Ohnehin betreffen die beschlossenen Änderungen z.B. im Hinblick auf (vermeintlich) sichere Drittstaaten (derzeit) nur ca. 25 % der Personen, die Asyl beantragen, und dass die Lage in Ländern wie Georgien und Moldawien, die beide nicht die volle Kontrolle über ihr gesamtes Staatsgebiet haben, weil von Russland unterstützte abtrünnige Provinzen wie Transnistrien, Abchasien und Südossetien einseitig die Unabhängigkeit ausgerufen und eine de-facto-Unabhängigkeit erreicht haben, dauerhaft ruhig bleiben wird, ist zumindest zum Teil Ausdruck eines politischen Wunschdenkens, das sich gerade angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine den Vorwurf einer gewissen Naivität gefallen lassen muss.

Die Möglichkeit des „Freikaufens“ von der Last der Flüchtlingsverteilung ist pikanterweise gerade von Polen und Ungarn deutlich abgelehnt worden. Im Detail wird wohl aber der Umgang mit den aus der Ukraine geflohenen Menschen Kern zukünftiger Verhandlungen sein - denn rechnet man diese Gruppe zum Kontingent der Flüchtlinge und Asylsuchenden, hätten Polen und Ungarn sogar ihr Aufnahmesoll sogar mehr als übererfüllt.

Inwieweit es legitim sein kann, Familien mit minderjährigen Kindern in Asylzentren an den EU-Außengrenzen festzuhalten, werden vermutlich letztlich die Gerichte entscheiden, u.a. der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Fälle



wie Moria lassen es durchaus zweifelhaft erscheinen, dass die in einigen Staaten praktizierten Standards auf EU-weite Akzeptanz stoßen werden - wenn aber Sekundärmigration den Asylkompromiss mit seinen Verteilmechanismen unterlaufen kann, wird das zu neuen Diskussionen führen.

Die Asyl- und Flüchtlingsproblematik wird mithin den europäischen Nationen und Institutionen langfristig erhalten bleiben. Eine dauerhafte Lösung des Themas ist nur dann zu erwarten, wenn es gelingt, den Migrationsdruck in den Hauptherkunftsländern zu verringern - und dafür sind die Befriedung zahlreicher bewaffneter Konflikte und Kriege, die Aussicht auf eine dauerhaft positive und dynamische Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern und auch die Etablierung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die ein friedliches Miteinander verschiedener Religionen, Ethnien und Lebensweisen ermöglicht, wohl unabdingbare Voraussetzungen. Leider verhindern die oft kleinteiligen Diskussionen über die Asylprozeduren, dass hierzu Strategien und strategische Partnerschaften entwickelt werden, obwohl etwa der Sonnenreichtum in den Wüstengebieten u.a. der Sahara, der Rohstoffreichtum (Lithium, Kobalt, Seltene Erden u.v.m.) in Afghanistan sowie der kulturelle Reichtum Ägyptens und des Irans noch ganz andere Entwicklungsperspektiven ermöglichen könnten, von denen sowohl die Länder Europas wie auch die Länder des Globalen Südens massiv profitieren würden.

Insofern gilt auch hier: wir brauchen mehr gemeinsames europäisches Handeln und nicht weniger, und es liegt an uns als kritische Öffentlichkeit, genau dieses Handeln von den zuständigen Verantwortlichen in der EU einzufordern und auf Tauglichkeit zu überprüfen.

Sagt man jetzt Flüchtlinge oder Geflüchtete?

Diskussionsbeitrag. Von Prof. Dr. Reinhold Friedl

Vor einiger Zeit fragte der Moderator einer Talkshow eine Politikerin, warum sie jetzt Geflüchtete statt Flüchtling sage? Sie guckte verdutzt und sagte: Weil das jetzt doch alle sagen. Kein überzeugendes Argument, auch wenn „Geflüchtete“ von etlichen aus eben diesem Grund gesagt wird.

Insbesondere seit 2015/16 wird häufiger, insbesondere auch von Engagierten, der Begriff „Geflüchtete“ verwendet. Denn das Wort „Flüchtling“ wird von bestimmten Kreisen angeklagt. Der Vorwurf lautet: Das Wort habe eine bedenkliche Wortstruktur, deren Endung -ling sich überwiegend in negativ konnotierten Wörtern wie Fiesling, Schreiberling, Sonderling wiederfinde. Dem haben Sprachwissenschaftler sofort und deutlich widersprochen und auf viele positiv besetzte Wörter mit dieser Endung hingewiesen wie Liebling, Frühling, Schmetterling.

Nun fällt einigen das Gendern des „Flüchtlings“ schwer, obwohl häufig auch von Flüchtlingsfrauen und -mädchen gesprochen wird. „Geflüchtete“ hat für einige den Vorzug, dass die Ableitung vom Partizip Perfekt ein potentiellendes Ende der Flucht integriert, was aber auch beim Flüchtling der Fall sein kann. Schauen wir in die sprachliche Praxis. Wird denn das Wort „Flüchtling“ vor allem in abwertender Weise gebraucht, von Zuhörern überwiegend negativ empfunden? Wer sich umhört, stellt fest, dass dem oft nicht so ist, auch wenn das Wort seit Zuspitzung der öffentlichen Debatte vermehrt auch in negativen Zusammenhängen zu finden ist.

Schon in den 1990er Jahren haben die Engagierten in der Flüchtlingsarbeit den Flüchtlingsbegriff bewusst dem eindeutig abwertenden „Asylanten“ gegenübergestellt, um zu verdeutlichen: Diese Menschen kommen, weil sie auf der Flucht sind vor Krieg, Bürgerkrieg, Horror und Leid – und somit auf der Suche nach Schutz. Der Begriff der Schutzsuchenden hat sich dementsprechend als Alternative etabliert.

Der Begriff „Asylant“ ist heute indiskutabel, der des Flüchtlings hat es dagegen in die Mainstream-Medien, in die Politik und die Alltagssprache geschafft. Das ist ein Verdienst der alten Flüchtlingsinitiativen und -organisationen sowie ein Symbol dafür, dass diese Gesellschaft nicht in den 1990 stecken geblieben ist – auch wenn rechte Populisten heute erneut ihr rhetorisches Gift verspritzen.

Die jedenfalls ärgert der Siegeszug des Begriffes „Flüchtling“ in der deutschen Diskussion. In rechten Kreisen wird generell lieber von „illegalen Ein-



wanderern“ gesprochen, oft noch weit negativere Begriffe verwendet. „Flüchtling“ ist offenbar ein Begriff, der es schwer macht, herabwürdigend über ihn zu reden.

Hinzu kommt: „Flüchtlinge“ erinnern an die Folgen der NS-Diktatur und damit an unsere eigene kollektive Geschichte von Flucht und Vertreibung. Flüchtlinge – das waren Bertolt Brecht, Kurt Tucholsky, Willy Brandt, Else Lasker-Schüler oder Albert Einstein. Flüchtlinge waren vor allem unsere Eltern und Großeltern, die nach dem Krieg ihr Eigentum verloren, mit Karren zu Fuß nach Westen zogen und Schauerliches erlebten. Die Erinnerung daran ist in vielen Familien noch heute sehr lebendig. Und nicht wenige Engagierte erklären heute ihr Engagement für Flüchtlinge auch mit dem Satz: „Meine Eltern und meine Großeltern waren damals auch Flüchtlinge.“ Das gilt auch für Mitglieder und Unterstützer der UNO-Flüchtlingshilfe.

Die Gemeinsamkeiten solcher Erfahrungen mit denen der Kriegsflüchtlinge heute zu sehen, öffnet die Tür für Empathie. Aus diesem Grunde hatte die UNO-Flüchtlingshilfe als Mitherausgeber vor einigen Jahren das Buch „Fluchtwege – Lebenswege“ publiziert. In diesem Buch waren Fluchtgeschichten von deutschen Flüchtlingen im Zuge des 2. Weltkriegs und heutigen Flüchtlingen aufgeschrieben worden. Für die Herausstellung der Gemeinsamkeiten wäre es geradezu kontraproduktiv in deutsche Flüchtlinge und heutige Geflüchtete zu unterscheiden.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Sagt man jetzt Flüchtlinge oder Geflüchtete?



Fortsetzung

Im juristischen Sinne ist ein Flüchtling jemand, der Rechte hat. Durch einen internationalen und europäischen Rechtsrahmen, dessen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Genfer Flüchtlingskonvention begann. Dieses Recht gesteht Flüchtlingen noch vor Feststellung des „Flüchtlingsstatus“ den Anspruch auf eine individuelle Schutzprüfung zu. Inzwischen wird der Begriff des „anerkannten Flüchtlinge“ teilweise abgelöst durch die „international Schutzberechtigten“. Trotzdem sollte der Begriff „Flüchtling“ unbedingt beibehalten werden, schon allein durch die verbürgten Rechte des „Flüchtlings“ in der Genfer Flüchtlingskonvention.

Wer „Flüchtling“ sagt, transportiert damit auch den historischen und rechtlichen Bedeutungshorizont. „Geflüchtete“ zu sagen ist hipper, der Begriff in Wortsinn und Wortstruktur wohl unproblematisch, aber auch ohne jede historische und rechtliche Bedeutung. Man könnte es also auch als hippestes, substanzloses Modewort bezeichnen. Es sprach und spricht nichts dagegen, den Begriff „Geflüchtete“ in passenden Zeit- und Sprachzusammenhängen zu verwenden, aber nicht als generellen Ersatz für den Begriff Flüchtling.

Bei aller Aufmerksamkeit für Sprache, sollte diese dazu beitragen, Rechte und Schutz von Flüchtlingen zu gewährleisten. Intern möchte ich noch erwähnen, dass der häufige Gebrauch von „Geflüchtete“ statt „Flüchtling“ auch Ergebnis einer Kampagne ist. Auch hier der aus anderen Zusammenhängen bekannte Hinweis: Folge der Spur des Geldes. Es gibt immer mehr bezahlte Stellen und Jobs in diesen auch akademischen Sprachzusammenhängen, wo viel Wichtiges und Sinnvolles erforscht und bearbeitet wird, sich aber auch Menschen einen Namen machen und ihre Existenzberechtigung nachweisen wollen. Hieraus entstehen Multiplikatoreffekte, wodurch andere sich auch als Überzeugte beteiligen. Im übrigen habe ich vor zwei Jahren mit dem UNHCR Vertreter Dominik Bartsch über die beiden Begriffe gesprochen und gefragt, ob er „Flüchtlinge“ oder „Geflüchtete“ sagt. Deutliche

UNHCR Aussage: Flüchtlinge.

Ich würde es sprachlich und inhaltlich auch einigermaßen absurd finden und ablehnen jetzt „Genfer Geflüchtetenkonvention“ statt Genfer Flüchtlingskonvention zu sagen, ebenso „Hoher Geflüchtetenkommissar der UN“ statt Hoher Flüchtlingskommissar, „Weltgeflüchteten-situation“ statt Weltflüchtlingssituation und „UNO-Geflüchtetenhilfe“ statt UNO-Flüchtlingshilfe zu sagen. Ich möchte bei diesem Thema auch auf folgendes hinweisen: Aus Kreisen die ich sehr verkürzt mit Cancel Culture und sogenannter Political Correctness bezeichnen möchte, werden weitere Begriffe auf die sprachliche Anklagebank kommen. Begriffe über die man sprechen kann. Aber auch Begriffe, die in der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) vorkommen, u.a. auch in der GFK Flüchtlingsdefinition. Nun könnte man sagen, dann sollte eben die Genfer Flüchtlingskonvention für diese Begriffe geändert oder modernisiert werden.

Davor würde ich warnen. Die GFK ist mit guten Gründen aus einem historischen Zusammenhang heraus entstanden. Wenn jetzt Begriffe geändert oder „modernisiert“ werden sollten, müsste die ganze GFK neu aufgemacht und neu verhandelt werden. Das würde in der heutigen Zeit bei vielen beteiligten Staaten und politischen Akteuren nicht zu einer Verbesserung des internationalen Flüchtlings-schutzes führen, sondern zum Gegenteil. Vor etwa drei Jahrzehnten gab es Initiativen zur „Modernisierung“ der Genfer Flüchtlingskonvention, insbesondere von der britischen Regierung ausgehend. UNHCR hatte sich dagegen gewandt, eben deshalb, weil keine Verbesserung des internationalen Flüchtlings-schutzes in Aussicht stand, sondern eine Reduzierung und ein Abbau von Rechten.

s. auch Kothen, Andrea: Randnotiz, Sagt man..., in: Menschenrechte kennen keine Grenzen, Infoheft zum Tag des Flüchtlings 2016.

(Hg.: Pro Asyl; Vorwort/Grußwort zum Heft: Katharina Lump, UNHCR)

Kreisverband Diepholz.

Hermann Kuhn Vorsitzender der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft Bremen und Unterweser, hielt am 19. Juni im Rathaus in Syke aus Anlass des Jubiläums zur Staatsgründung Israels 1948 einen Vortrag für die Mitglieder der Europa-Union und weitere Interessierte.



Europa-Union wagt einen Neubeginn



Europa-Veranstaltung konnte Bürgermeister Rainer Ditzfeld im Achimer Rathaus viele geladene Gäste begrüßen.

„Zukunft nur mit der Gemeinschaft“

Initiative für die Gründung eines Kreisverbands der Europa-Union

Gründung eines Kreisverbandes: Die überparteiliche Bürgerinitiative soll im zweiten Anlauf im Landkreis Verden Fuß fassen

Es ist selten, dass sich Vertreter aus den unterschiedlichsten Parteien gemeinsam in einem politischen Verein engagieren. Doch im Landkreis Verden könnte das schon bald zur Realität werden. Beim Europa-Abend im Achimer Rathaus rief die Politik nun zur Neugründung des Kreisverbandes der Europa-Union im Landkreis Verden auf. Das frühere Mitglied im Europaausschuss des Niedersächsischen Landtags, Wilhelm Hogrefe (CDU), und die aktuelle Vertreterin, Dörte Liebetruth (SPD), hatten die Veranstaltung unter der Schirmherrschaft des Achimer Bürgermeisters Rainer Ditzfeld initiiert.

Fast 80 Jahre ist es her, dass der damalige Syker Landrat Wilhelm Heile und Gleichgesinnte in der Hachestadt die Europa-Union Deutschland (EUD) gründeten. Heute hat die Bürgerinitiative ihren Sitz in Berlin und ist in ganz Deutschland bekannt. Unabhängig von Parteizugehörigkeit, Alter und Beruf engagieren sich ihre Mitglieder für die europäische Einigung. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Bildungsträger, wissenschaftliche Institute, Parteien, Unternehmen und Kommunen – die Mitgliederorganisationen repräsentieren nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen. Über die Jahre habe sich so gleichgesinnte Europäer in 16 Landesverbänden mit mehr als 250 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt.

Für den Landkreis Verden ist es nicht das erste Mal, dass sich die Einwohner mit dem Gedanken der europäischen Identität auseinandersetzen, erinnerte Wilhelm Hogrefe. „Einen Kreisverband Verden der Europa-Union gab es schon in den 1970er-Jahren.“ Irgendwann habe sich dieser allerdings aufgelöst. Vor rund drei Jahren sei schließlich die Idee aufgekommen, der überpar-

teilichen Bürgerinitiative auf Kreisebene wieder neues Leben einzuhauchen.

Die Corona-Pandemie habe die Vorhaben ein wenig ausgebremst, „aber jetzt wollen wir es angehen“, betonte Hogrefe. Wer mitmachen

möchte, müsse sich vor allem für Europa begeistern können.

Gerade der russische Angriffskrieg auf die Ukraine habe die Wichtigkeit der Einigung Europas und des Einsatzes für ein friedliches Zusammenleben herausgestellt. So sei die Europäische Union (EU) eine der größten Errungenschaften der Nachkriegszeit, betonte Achims Bürgermeister Rainer Ditzfeld. „Seit ihrer Gründung hat die EU immense Fortschritte in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Sicherheit und Menschenrechte erzielt. Damit hat sie sich zu einem wichtigen Akteur auf der globalen Bühne entwickelt.“ Gerade die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, gemeinsamer Grenzen, Gesetze und Projektförderungen zeige tagtäglich, wie wichtig diese Errungenschaften auch für regionale Akteure sei. „Niedersachsen liegt im Herzen dieser Europäischen Union, und gemeinsam sind wir stärker“, erinnerte Dörte Liebetruth. „Also lassen Sie uns im Landkreis Verden die Chancen, die die EU bietet, gemeinsam nutzen und weiterentwickeln.“

Als Beispiel für funktionierende Initiativen im Sinne der europäischen Identität stellten verschiedene Akteure aus dem Landkreis Verden – wie das Gymnasium am Markt in Achim, die Berufsbildenden Schulen Verden und die Basketballgemeinschaft Bierden-Bassen-Achim – schließlich ihre Projekte mit europäischen Partnern vor. „Die Berichte haben eindrucksvoll gezeigt, wie positive Erfahrungen eine Beziehung prägen könne“, sagte Hogrefe sichtlich begeistert. Das oberste Ziel müsse deswegen sein, dass jungen Menschen – unabhängig von sozialen und kulturellen Hintergründen – in Form von Auslandsaufenthalten auch andere Länder und Kulturen innerhalb Europas kennenlernen. „Das ist finanziell und auch technisch möglich“, betonte Hogrefe. „Man muss es nur wollen und dahinterstehen.“ Schließlich seien die kommenden Generationen die Zukunft der Europäischen Union.

Lina Wentzlaff

Neuer Kreisverband gegründet

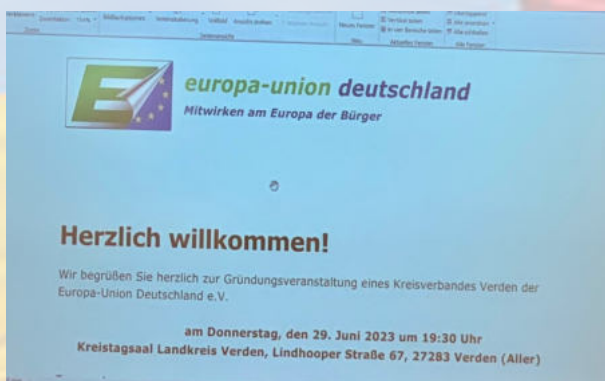
Kreisverband Verden. Mit ca. 50 anwesenden Interessierten wurde Ende Juni im Sitzungssaal des Kreishauses in Verden der Kreisverband wiedergegründet. Die Vorsitzenden Dörte Liebetruth und Wilhelm Hogrefe werben für interkulturellen Austausch.

Nur rund 35 Kilometer westlich von Verden, nämlich in Syke, wurde 1946 die Europa-Union Deutschland gegründet. Der von heimischen Künstlern gestaltete Europa-Garten in der Nähe des Einkaufszentrums Hachepark mit Staatensäule und in Stein eingemeißelter Europa-Hymne erinnert noch heute daran. Fast 77 Jahre später gibt es nun auch in Verden wieder einen eigenen Kreisverband. Bei der Gründungsversammlung im Kreistagssaal unter der Schirmherrschaft von Verdens Landrat Peter Bohlmann waren auch Verdens Bürgermeister Lutz Brockmann, Kirchlintelns Verwaltungschef Arne Jacobs und Oytens Bürgermeisterin Sandra Röse anwesend, ebenso mehrere Schulleiter von Erasmus- und Europaschulen aus dem Kreisgebiet.



Kreisverband Verden auch in Sachen Klimaschutz tun. „Wir wollen an begreifbaren Beispielen aus der Region deutlich machen, dass Umwelt- und Klimaprobleme europaweit und weltweit lösbar sind“, betonen die frisch gewählten Vorstandsmitglieder.

Den europäischen Gedanken stellte auch Wilhelm Hogrefe in seiner Rede heraus: „Die Menschen meiner Generation leben hier seit über 70 Jahren in einem Rechtsstaat, in Frieden und Freiheit. Nie zuvor gab es eine so lange Friedensperiode in der Mitte Europas. Es begann nach 1945 damit, dass die westlichen Siegermächte die Fehler von 1919 nicht wiederholten.“ Der frisch gewählte Kreisvorsitzende warnte jedoch auch davor, dass Europa aktuell so gefährdet sei wie schon lange nicht mehr: „In vielen EU-Ländern sind Populisten und Leugner von Tatsachen auf dem Vormarsch, die selbst keine Konzepte für eine gute Entwicklung ihrer Länder haben.“



„Der Verein ist eine unabhängige, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation. Er ist keine Partei“, heißt es in der Satzung. Vorsitzende des neu gegründeten Kreisverbandes sind Dörte Liebetruth und Wilhelm Hogrefe. Dem Führungsduo zur Seite stehen ihre beiden Vizes Dorothee Darnel und Boris Oberheitmann. Als Geschäftsführer fungiert Bernd Kettenburg, als Schatzmeister Henning Struckmann. Zur Beisitzerin für den ländlichen Raum wurde Nadine Meyerholz gewählt. Der neue Kreisverband verfolgt unter anderem folgende Ziele: die Stärkung und Verbreiterung des europäischen Gedankens an Schulen und im Sport, die Pflege und den Ausbau von kommunalen Partnerschaften, beispielsweise mit der Ukraine, sowie das Anbieten von Kulturveranstaltungen und Studienfahrten. Ein Termin steht bereits: die Studienfahrt im Frühling 2024 nach Barbizon, Fontainebleau und in die Normandie. Global denken und lokal handeln – das will der

Ihren Beitrag zu einem vereinigten Europa wollen die Kreisverdener jedenfalls leisten. In den 1970er-Jahren gab es übrigens schon einmal einen Kreisverband, der dann allerdings aufgelöst wurde.

Jörn Dirk Zweibrock

europa-union deutschland Mitwirken am Europa der Bürger	
Gründungsversammlung des Kreisverbandes Verden der Europa-Union Deutschland	
Vorschlagsliste für den Gründungsvorstand	
Funktion	Vorschlag - Name
Vorsitzender	Wilhelm Hogrefe
Vorsitzende	Dr. Dörte Liebetruth
Stellvertr. Vorsitzender	Dorothee Darnel
Stellvertr. Vorsitzende	Dr. Boris Oberheitmann
Geschäftsführer	Bernd Kettenburg
Schatzmeister	Henning Struckmann
Beisitzerin ländlicher Raums	Nadine Meyerholz

Mitmachen! Mitreden – Europa-Café im niedersächsischen Landtag

Kreisverband Hannover / JEF Hannover. Etwas mehr als 120 Schülerinnen und Schüler aus ganz Niedersachsen besuchten am 2. Mai 2023 das Europa-Café im niedersächsischen Landtag. Diese Veranstaltung, die unter anderem von der überparteilichen Europa-Union (EUD), Regionalverband Hannover, dem Europäischen Informations-Zentrum Niedersachsen (EIZ) / Europe Direct und den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Hannover ausgerichtet wurde, richtete sich unter dem Motto „Mitmachen! Mitreden! Es ist dein Europa!“ an Schülerinnen und Schüler aus allen Schulformen ab Jahrgangsstufe 10. Nach dreijähriger Unterbrechung – auch in diesem Fall war die Coronapandemie der Grund für diese „Auszeit“ – konnte diese bewährte Veranstaltung endlich wieder junge Menschen über Europa informieren und zur Diskussion über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen innerhalb der EU anregen. In diesem Jahr war das Forum des Landtages in Hannover – der „zweite Plenarsaal“ des Landes – der Austragungsort, den die anwesenden Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräfte nahezu vollständig besetzten.

Der Vorsitzende des Regionalverbandes der Europa-Union Hannover, Bernd Wolf, eröffnete in lockerer Art die Veranstaltung. Es folgte ein ausführliches Grußwort der Landtagspräsidentin Hanna Naber, welche die positive Rolle der EU auch für das Land Niedersachsen beschrieb und die vielfältigen wechselseitigen Beziehungen herausstellte. Man bedürfe einander, und zahlreiche Projekte in Niedersachsen hätten mit Unterstützung der EU realisiert werden können.

Danach wurde in verschiedenen Gruppen und Diskussionsrunden in immer neuer Zusammensetzung zu europäischen Themen diskutiert und Tischbögen/Poster wurden erarbeitet. Die Gelegenheit, in wechselnden Gruppen ihre Vorstellungen und Wünsche zur Europäischen Union zu diskutieren und aus ihrer Sicht Schwerpunkte zukünftiger Entwicklungen aufzuzeigen, motivier-



te die anwesenden Jugendlichen so sehr, dass die Zeitvorgaben kaum eingehalten werden konnten – so intensiv wurde diskutiert. Ergebnisse wurden zusammengefasst aufgeschrieben und die meist genannten von den Jugendlichen vorgestellt. Dabei verwundert nicht, dass in diesem Kreis die Themenkomplexe Bildung und Klimaschutz einen breiten Raum einnahmen.

Anschließend hatten die im Europa-Ausschuss des Niedersächsischen Landtages tätigen Abgeordneten Anne Kura (Bündnis 90/die Grünen), Christoph Eilers (CDU) und Tim Wook (SPD) Gelegenheit zu den geäußerten Wünschen und Vorstellungen der Jugendlichen ihre Statements abzugeben. Die ebenfalls zum Europa-Café eingeladenen Vertreterin der AfD im Europa-Ausschuss, Delia Klages, nutzte diese Möglichkeit, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, nicht und blieb der Veranstaltung fern. Die anwesenden Abgeordneten hatten auch Zeit, gezielte Fragen der Schülerinnen und Schüler zu weiteren Themen zu beantworten. Aus allen Beiträgen wurde deutlich, dass gegenüber Europa und damit auch der EU – trotz aller noch vorhandenen Unzulänglichkeiten und politischen Hürden – eine grundlegend positive Einstellung sichtbar wurde. Die Parlamentsangehörigen standen außerdem noch für Einzelgespräche zur Verfügung, bevor es zu einem Imbiss in das eigentliche Landtagsgebäude ging.

Etwa ein Jahr vor den kommenden Europawahlen in 2024, an denen nun auch die meisten der anwesenden Jugendlichen teilnehmen können, bleibt als Eindruck von dieser Veranstaltung, dass die europäischen Werte und ihre aktive, organisatorische Ausgestaltung auch zukünftig mit Engagement weiter getragen und gelebt werden! Mit einer Führung durch den Landtag – inklusive Plenarsaal, Bibliothek und Fraktionsräume – fand ein spannender Tag für die anwesenden Schülerinnen und Schüler ein Ende, die ihre zahlreichen Eindrücke vom „Europa Café“ in ihre Schulen weitertragen dürften.

Deodat von Eickstedt / Cord Wilhelm Kiel



Europawoche in der Graf-Friedrich-Schule in Diepholz



Fachschaft Politik-Wirtschaft des Gymnasiums organisiert. Durch ihr Engagement und ihre Begeisterung für die europäische Idee trugen sie maßgeblich zur erfolgreichen Gestaltung der Europawoche bei. So wurden in Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Workshops die Europäische Union auf den unterschiedlichen Ebenen thematisiert. Zu Gast waren u.a. David McAllister (MdEP), Silvia Breher (MdB und stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU), Christoph Pohlmann, Abteilungsleiter Europa im niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Prof. Dr. Peter Nitsche von der Universität Vechta. Ihre Beiträge unterstrichen die Bedeutung des Events und die Wichtigkeit der europapolitischen Bildung. Auf dem Foto, das während der Veranstaltung aufgenommen wurde, sind Silvia Breher und Christoph Pohlmann zu sehen.

Kreisverband Diepholz. Auch in diesem Jahr fand am Gymnasium Graf-Friedrich-Schule Diepholz, eine anerkannte Europaschule, eine Europawoche unter dem Motto „Wir in Europa!“ statt. So sollen Schülerinnen und Schüler und auch die Lehrkräfte in die Lage versetzt werden, sich ein eigenes Urteil über die Europäische Union zu bilden. Eine Reihe von Veranstaltungen bot den Schülerinnen und Schülern des 10.-12. Jahrgangs die Möglichkeit, sich die Europäische Union aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. Wie bereits die Diskussionen mit den Referentinnen und Referenten zeigten, zeigen die Schülerinnen und Schüler ein reges Interesse an europapolitischen Themen.

Die Veranstaltungen wurde hervorragend von Dominic Hermes, Lehrer am dortigen Gymnasium und Mitglied der Europa-Union, und der

In den folgenden Tagen haben die Schülerinnen und Schüler noch die Möglichkeit, sich mit einer Vertreterin der Bundeswehr im Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, einem Flüchtling aus der ehemaligen DDR und in Workshops mit der Europäischen Union auseinanderzusetzen. Schon jetzt ist festzustellen, dass die Europawoche erneut den Schülerinnen und Schülern eine einzigartige Gelegenheit bietet, mehr über die Europäische Union, ihre Geschichte, ihre Ziele und ihre Bedeutung zu erfahren. Die erfolgreiche Durchführung und die positive Resonanz auf die Veranstaltungen verdeutlichen das starke Engagement der Graf-Friedrich-Europaschule für den europäischen Gedanken und ihre Rolle als Europaschule. (**red.**)

Wo kommen unsere Rohstoffe her?

Kreisverband Diepholz. Wo kommen unsere Rohstoffe her und wo und wie werden sie im Bergbau abgebaut, wohin transportiert, weiter verarbeitet und was kann mit dem geplanten Lieferkettengesetz erreicht werden?

Diesen und vielen weiteren Fragen des Kreisverbandes Diepholz der Europa-Union stellte sich der Unternehmer, Bergbauexperte und Geologe Chris Masurek in der Kulturscheune in Bruchhausen-Vilsen. Erstaunlich: der Entwurf zum Lieferkettengesetz der EU ist viel strenger als unsere deutsche Initiative (Danke EU!) aber was können diese Initiativen überhaupt bewirken? Für die meisten der benötigten Rohstoffe gelten Weltmarktpreise (und große Abhängigkeiten z.B. von China) egal wie und wo abgebaut, ob fair bezahlt und gehandelt wird oder nicht. Hier sind internationale Abkommen nötig und die EU ist gefragt Einfluss zu nehmen.

Wir alle aber können auch was tun, nämlich sparsam mit Produkten umgehen in denen viele der seltenen Rohstoffe verarbeitet sind z.B. in unseren Smartphones, bei allen Produkten die wir kaufen darauf achten und mitwirken, dass eine Wiederverwertung und Reparatur möglich ist usw...Deutlich wurde wieder wie wichtig es ist global zu denken, gemeinsam (EU), aber auch lokal zu handeln.



Digitaler Europakoffer



spruch und der Agentur ressourcenmangel für den nicht endenden Zustrom wunderbarer Ideen.

Das fertige Produkt kann nun als digitaler Europakoffer überall, kostenfrei und spielerisch eingesetzt werden, um mit allen gemeinsam mehr über Europa zu erfahren. Im Jahr

Wie können wir allen den Zugang zu den Themen Europas leichter machen? Diese Frage stand am Anfang des Projekts "Unboxing Europe". Vorige Woche wurden das Projekt und seine umfangreichen digitalen und analogen Lehr- und Lernmaterialien mit dem Comenius EduMedia Siegel ausgezeichnet. Dazwischen liegen drei Jahre voller Experimente, technischer Weiterentwicklungen, AR-Ausstellungen und bemerkenswerter Begegnungen in Berlin, Essen, Brüssel und vielen anderen Orten. Wir danken der Stiftung Mercator für das Vertrauen und den Zu-

vor der Europawahl, an der dann auch Menschen ab 16 Jahren teilnehmen können, steht so ein Instrument mehr für spannenden Europa-Unterricht zur Verfügung.

Wie die Kommunikation zu Europa noch erfolgreicher, spannender und spielerischer gelingen kann, untersucht auch die große Berliner Europa-Konferenz Connecting Cultures: Empowering Citizens, auf die wir uns am anderen Ende des Sommers, vom 30. August bis zum 1. September 2023, hier in der EAB freuen. (**red.**)

Osteuropa-Expertin hält Vortrag über Deutschland, Polen und die Ukraine

Europäische Föderalisten Oldenburg. Die Ukraine, Polen und Osteuropa insgesamt sind für viele Deutsche auch mehr als ein Jahr nach Beginn des erneuten russischen Überfalls auf die Ukraine „Terra Incognita“ – unbekanntes Land. Doch das Interesse an unseren östlichen Nachbarn wächst. Daher laden die Deutsch-Polnische Gesellschaft Oldenburg und die Europäischen Föderalisten Oldenburg zu einem Vortrag über die Beziehungen zwischen Deutschland, Polen und der Ukraine ein. Am Freitag, 2. Juni 2023, ab 19:00 Uhr, wird Bozhena Kozakevych von der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) in den Räumen der Jugendkulturarbeit Oldenburg, Weiße Rose 1, dazu referieren. Der Titel ihres Vortrags lautet „Ukraine, Polen, Deutschland – gestern, heute, morgen! Gemeinsame Geschichte, Gegenwart und Zukunft“.

Gegenstand des Vortrages werden unter anderem die wichtigsten Themen der deutsch-polnisch-ukrainischen Beziehungen, Gemeinsamkeiten und Missverständnisse zwischen den drei Staaten sowie der Einfluss des russisch-ukrainischen Krieges auf die Erinnerungspolitik in allen drei Ländern sein. Anschließend an den Vortrag wird die Referentin auf Fragen aus dem Publikum eingehen. Zum Abschluss können sich die Teilnehmenden bei Getränken und Knabbereien noch über die Themen des Vortrags austauschen. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei, um Anmeldung unter folgenden Link wird gebeten: <https://bit.ly/423CTYj>.

Bozhena Kozakevych stammt aus Lviv in der Ukraine. Dort studierte sie Germanistik. Ab 2013 setzte sie ihr Studium der Kultur und Geschichte Mittel- und Osteuropas in Frankfurt (Oder) fort. Seit 2018 ist sie an der Viadrina wissenschaftliche Mitarbeiterin am bundesweit einzigen Lehrstuhl für Entangled History of Ukraine. (Foto: Bozhena Kozakevych (© Heide Fest))



Dr. Henning Kulbarsch

Göttinger Europagespräch mit Botschafter a.D. Dr. Dietrich von Kyaw

Deutschland als Schlüsselland eines vereinten Europas und zugleich als Teil von dessen Problemen

Kreisverband Göttingen. Am 19. April war Botschafter a.D. Dr. Dietrich von Kyaw Gast des Göttinger Kreisverbandes der Europa-Union, um Thesen aus seinem kürzlich erschienenen Buch „Deutschland und die Selbstbehauptung Europas: Herausforderungen an den demokratischen Westen“ vorzustellen. Der Referent war nach dem juristischen Staatsexamen 1964 in den Auswärtigen Dienst eingetreten und nach Stationen an deutschen Vertretungen u.a. in den USA und bei den Vereinten Nationen von 1993 bis 1999 Deutschlands Ständiger Vertreter bei der EU. Er arbeitet im Präsidium der Europa-Union mit.

Gut 35 Interessierte trafen in Dr. von Kyaw auf einen kritischen Wegbegleiter und Gestalter deutscher Außen-, Sicherheits- und Europapolitik, der „Deutschland als Schlüsselland eines vereinten Europas und zugleich als Teil von dessen Problemen“ sieht. Von Kyaw bemängelte das unzulängliche deutsche Engagement, notleidende Wehrhaftigkeit, unterentwickeltes geostrategisches Denken, zu viel Gesinnungsethik, wenig Sinn für Macht- und Realpolitik als Voraussetzungen zur Wahrung deutscher Interessen

wie einer erfolgreichen Friedenspolitik. Zugleich warnte er vor deutschen Alleingängen und deutscher Selbstisolierung, zeigte Schwachstellen und Lösungsansätze auf. Zuspruch erntete von Kyaw, als er nach der verspäteten

„Zeitenwende“

Berlins deren

nachhaltige Verwirklichung einforderte, um den drohenden Niedergang Europas und Deutschlands zu vermeiden. Ein Schwerpunkt war die Sorge um die deutsch-französischen Beziehungen. Von Kyaw kritisierte die fehlende Sensibilität der Bundesregierungen seit Kanzler Kohl, französische Initiativen aufzugreifen und im Dialog gemeinsam fortzuentwickeln. Ganz aktuell warb er für gemeinsame deutsch-französische Truppeneinheiten, u.U. als Kern einer zukünftigen Europäischen Armee. Gleichzeitig betonte er den Sinn des Weimarer Dreiecks unter Einbeziehung Polens.

Harm Adam



Parlamentariergruppe der Europa-Union Niedersachsen neu konstituiert



zeigte sich Niedersachsens Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Matthias Wunderling-Weilbier erfreut über die Neukonstituierung der Parlamentariergruppe und betonte, dass es das Grundprinzip der EU sei, solidarisch zu sein, was sich in den aktuellen Krisen auch gezeigt und sehr bewährt habe.

Bei den Wahlen wurden MdL Immacolata Glosemeyer (SPD) und MdL Britta Kellermann (GRÜNE) zu Sprecherinnen und MdL Christoph Eilers (CDU) zum Sprecher der Parlamentariergruppe gewählt und aus diesen dreien wurde dann Immacolata Glosemeyer als neue Vorsitzende der Parlamentariergruppe bestimmt. Alle Wahlen erfolgten einstimmig. Für die Zukunft sind verschiedene Veranstaltungen der Parlamentariergruppe angedacht; eine Jahresplanung dazu mit weiteren Informationen erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Harm Adam (Foto: CDU-Fraktion Landtag Niedersachsen)

Landesverband. Am 21. Juni 2023 war es soweit: Deutlich mehr als ein Dutzend Mitglieder des Landtags, darunter mehrere Neumitglieder der Europa-Union Niedersachsen, waren der Einladung des bisherigen Vorsitzenden der Parlamentariergruppe MdL Marcel Scharrelmann gefolgt und konstituierten in Anwesenheit mehrerer Landesvorstandsmitglieder der Europa-Union Niedersachsen die Parlamentariergruppe für die laufende Legislaturperiode 2022-2027. In seinem Abschlussbericht stellte Marcel Scharrelmann fest, dass man nach der Konstituierung in der vergangenen Legislaturperiode einiges vorgehabt habe, vieles aber der Corona-Pandemie zum Opfer gefallen sei. Nun gebe es aber bessere Möglichkeiten. In einem Grußwort

„Europabildung“ als Auftrag der Europäischen Föderalisten



Ingo Espenschied mit DokuLive-Präsentation „60 Jahre Elysée-Vertrag“ zu Gast in Südniedersachsen

Kreisverband Göttingen. „Seit den ersten Anfängen in der Nachkriegszeit ist die EU als Staatenverbund innerlich und äußerlich stark gewachsen. Zu den ersten Handelsbeziehungen kamen gemeinsame Gesetze und schließlich sogar eine gemeinsame Währung.“ Dennoch stehen diesen Erfolgserlebnissen auch Rückschläge gegenüber wie fehlende Zustimmung zu einer europäischen Verfassung, finanzielle Herausforderungen, der Klimawandel, der Streit über eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik und schließlich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der letztlich als Angriff auf die ganze freie Welt zu bewerten ist. „So kristallisiert sich in dem ehrgeizigen Projekt der Europäischen Integration zunehmend heraus, dass dieses nicht nur Vorteile bringt, sondern zu seinem Funktionieren auch Zugeständnisse von den Mitgliedstaaten erfordert...“

Doch wie kann man in einem demokratischen Staat Menschen dafür gewinnen, auch in schwierigen Zeiten eine positive Einstellung zu den Werten zu behalten? Das große Ziel und den großen Wert zu erkennen, die hinter diesem einzigartigen Staatenverbund liegen? Jean-Claude Juncker schrieb einmal: „Europa hat nur dann Erfolg, wenn die Menschen nicht nur die Vorteile spüren. Wir müssen auch die Herzen gewinnen.“ Dieses Gewinnen der Herzen kann nur in einer direkten Begegnung mit der europäischen Idee geschehen, wenn Menschen auch emotional angesprochen werden und etwas von der Begeisterung und den Möglichkeiten erleben, die Europa bieten kann.“

Die vorstehenden Programmsätze entstammen einem Papier der niedersächsischen Europa-Union aus dem Jahr 2017, mit dem wir bei dem damaligen Kultusminister Grant H. Tonne für einen Zertifikatskurs Europakompetenz für Lehr-

kräfte warben. Bislang lässt uns die Kultusbürokratie bei der Verwirklichung dieses Ziels, mit dem wir eine flächendeckende Europabildung initiieren wollen, allein. So müssen wir Europäische Föderalisten uns bemühen, neben den Initiativen aus dem Europäischen Informationszentrum (EIZ), den Ämtern für regionale Landesentwicklung und Europe direct-Büros Leuchttürme der „Europabildung“ zu etablieren. Ein solcher Leuchtturm sind die regelmäßigen multimedialen DokuLive-Präsentationen des Mainzer Politologen Ingo Espenschied, der es vermag, „Politik und Geschichte als Event spannend, anspruchsvoll und verständlich“ zu gestalten. Mit seinem Programm „60 Jahre Elysée-Vertrag“ war Espenschied am Europatag 2023 an der Carl-Friedrich-Gauß-Oberschule in Groß Schneen zu Gast. Schulleiter Jens Haepe, selbst Vorstandsmitglied der Europa-Union Göttingen, hatte dazu 150 Schülerinnen und Schüler in der Aula seiner Schule versammelt. Der Vortrag Espenschieds war ein gelungener und v.a. informativer Auftakt für die Feierlichkeiten zu 50 Jahren Städtepartnerschaft der Gemeinde Friedland mit dem französischen Houdan und dem damit verbundenen Schüleraustausch.

Am Abend referierte Espenschied dann vor 115 Interessierten im Göttinger Alten Rathaus nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Harm Adam und einem Grußwort des Bürgermeisters Dr. Ehsan Kangarani zu dem deutsch-französischen „Jahrhundertvertrag“, mit dem sich am 22. Januar 1963 der französische Präsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einer engen Zusammenarbeit ihrer beiden Länder verpflichteten. Leider ist dieser – 2019 in Aachen fortgeschriebene – Vertrag bis heute einzigartig in den internationalen Beziehungen. Für 2024 hat der Göttinger Kreisverband Espenschied bereits zu vier Events an zwei Tagen im Mai 2024 gewonnen, um „Europakompetenz“ zu bilden und zur Teilnahme an der Europawahl zu mobilisieren.

Harm Adam



Blockade eines Veranstaltungsorts der Europa-Union erzwingt Verlegung

Kreisverband Göttingen. Die Gifhorner Europaabgeordnete Lena Düpont, deren Betreuungsgebiet unter anderem Südniedersachsen ist, war Referentin eines Europagesprächs zur Asyl- und Migrationspolitik der Europäischen Union („Die Asyl- und Migrationspolitik der Europäischen Union - auf dem Weg zur Festung Europa?“). Der Kreisverband der Europäischen Föderalisten hatte in die Galerie Alte Feuerwache eingeladen, um die Abgeordnete mit Blick auf die im Juni 2024 anstehende Europawahl zu einem Thema aus ihrem Tätigkeitsbereich im Europäischen Parlament sprechen und diskutieren zu lassen. Zuvor hatte bereits Viola von Cramon zum Umgang mit Autokraten und Diktatoren referiert und die Veranstaltung mit Bernd Lange wird sich in diesen Tagen mit der Zukunft der Globalisierung auf den Feldern der Handels- und Industriepolitik befassen.

Erstmals in der Geschichte der Europa-Union hatten sich Aktivisten, die sich mit Spruchbändern dafür ausgesprochen, die „Logik des Krieges“ zu überwinden und der Bundesrepublik vorwarfen, im Mittelmeer Flüchtlinge zu töten, zur Blockade des Veranstaltungsortes entschieden. Die ankommenden Interessierten wurden rundweg als „Faschisten und Rassisten“ beleidigt und mit passiver Gewalt am Zutritt zur Veranstaltung gehindert.

Doch hatten die bis auf zwei Personen verummumten politischen Extremisten nicht mit der Findigkeit des Göttinger Kreisvorsitzenden gerechnet. Über „Buschfunk“ wurde der Veranstaltungsort in die Bibliothek dessen Kanzlei verlegt und die Veranstaltung konnte mit nur einer Viertelstunde Verspätung beginnen. So ergab sich doch noch die Gelegenheit, mit der

Referentin, die u.a. Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIEBE) und dort Vizekoordinatorin der EVP-

Fraktion für den Innenausschuss sowie innen- und migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe ist, zu diskutieren.



Düpont begrüßte eingangs die Einigung der Mitgliedstaaten auf eine Reform des gemeinsamen Asylsystems, die ungeachtet der Einwendungen der überstimmten Regierungen Polens und Ungarns eine

große Chance für eine funktionsfähige europäische Migrationspolitik darstelle. Die Einigung auf geordnete Asylverfahren unter Wahrung humanitärer Standards sei seit Jahren überfällig und zu lange hätte die EU illegaler Migration und unhaltbaren Zuständen an den Außengrenzen tatenlos zusehen müssen. Nach dem Eingangsstatement

wurde mit den Zuhörerinnen und Zuhörern – Mitgliedern und Nichtmitgliedern, Anhängerinnen und Anhängern von CDU, SPD, Grünen und FDP sowie parteipolitisch ungebundenen Interessierten – streitig über den richtigen Weg – etwa im Umgang mit minderjährigen unbegleiteten Jugendlichen – debattiert, wie wir zum einen Menschenleben retten, das Recht auf politisches Asyl bewahren und zum anderen gewünschte legale (Arbeits-) Migration fördern.



Fazit (in Anlehnung an Karl Popper): die Feinde der offenen Gesellschaft sind unter uns. Über den richtigen Umgang mit den diskursunfähigen Bürgerinnen und Bür-

gern müssen wir uns verständigen. Das ist nicht-einfach. In diesem Fall bereitete es uns aber eine große Freude, die Demonstrierenden „im strömenden Regen stehen“ zu lassen.

Harm Adam

Überparteiliches Engagement für den Europagedanken – Europawahlen 2024 im Fokus



Vermeidung von Begegnungen und Diskussionen nur unter Gleichgesinnten. Ein hervorragendes Beispiel für solche offenen Formate seien die DokuLive-Präsentationen des Mainzer Politologen Ingo Espenschied, der bereits für den 13. und 14. Mai 2024 fest gebucht sei, um an mindestens vier Veranstaltungsorten im südniedersächsischen Raum sein dann aktuelles Programm zur Information und Mobilisierung für die Teilnahme an den Europawahlen bzw. „75 Jahre Grundgesetz“ in europäischer Perspektive

Kreisverband Göttingen. Auf der Mitgliederversammlung des Göttinger Kreisverbandes am 6. Juni 2023 konnte der Vorsitzende Harm Adam zunächst 31 Mitglieder und zwei Gäste begrüßen. Diese erklärten im Verlauf der Versammlung, sich fortan im bundesweit größten Kreisverband der Europäischen Föderalisten für den europäischen Einigungsgedanken engagieren zu wollen. Mithin sind aktuell 425 Mitglieder erfasst. In seinem Rechenschaftsbericht ließ der später einstimmig im Amt bestätigte Vorsitzende für den Zeitraum seit der Mitgliederversammlung im September 2022 immerhin 15 verschiedene Veranstaltungen Revue passieren. Um im Vorfeld der Europawahlen die Überparteilichkeit nach außen zu dokumentieren, wird die Veranstaltungsreihe mit Europa-Abgeordneten proeuropäischer Parteien, in denen diese Themen aus ihrem konkreten Arbeitsbereich im Europäischen Parlament gestellt bekommen, noch vor der politischen Sommerpause 2023 abgeschlossen. Ab Herbst 2023 wird im Rahmen der gemeinsamen mit der JEF verfolgten Kampagne „EURHOPE“ im Vorfeld der nun auf den 9. Juni 2024 terminierten Europawahlen auf überparteiliche Foren bzw. Podien gesetzt.

Breiter Konsens bestand unter den Mitgliedern, mit Blick auf die Debatte zur Zukunft Europas in Zeiten des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und des erstarkenden Rechtspopulismus bei zukünftigen Veranstaltungen verstärkt solche zu initiieren, bei denen entweder die junge Generation oder auch Menschen für den Europagedanken interessiert werden sollen, ansonsten kritisch gegenüberstehen. In Aufnahme einer Debatte, die mit Blick auf zivilgesellschaftliche Kontakte zwischen Deutschland und Polen geführt wird, plädierte Harm Adam für eine Strategie „Raus aus den Echokammern!“ d.h. der

vorzustellen. Espenschieds Präsentation „60 Jahre Elysée-Vertrag“ habe dies vor 150 Schülerinnen und Schülern der Carl-Friedrich-Gauß Oberschule in Groß Schneen und am Abend bei 120 interessierten im Göttinger Alten Rathaus unter Beweis gestellt.

Die Mitgliederversammlung wählte mit Harm Adam als Vorsitzenden, Dr. Andrea Bindig und Sascha Völkening als stv. Vorsitzenden, Yonas Schiferau als Schatzmeister, Dr. Karl Adam als Schriftführer sowie u.a. Elsa Crowther, Jens Haepe, Marieluise Hilger, Wolfgang Kuhleemann, Stephan Meuser, Nils Arne Münch, Jan Risting, Marlies Schügl und Thorben Siepmann als Beisitzerinnen bzw. Beisitzer einen ausgewogenen Mix von Angehörigen proeuropäischer Parteien und politisch nicht gebundenen Mitgliedern. Schließlich wurde bei der Auswahl der Delegierten zur Landesversammlung auf eine erwartbar hohe Präsenz bei der Landesversammlung am ersten Septemberwochenende in Hann. Münden gesetzt, um eine gute Beteiligung aus den Reihen des gastgebenden Kreisverbandes sicherzustellen.

Harm Adam

Impressum

Europa in Niedersachsen
Ausgabe Juli 2023

Herausgegeben von:
Europa-Union Deutschland
Landesverband Niedersachsen
Escherstraße 22
30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Harm Adam
Redaktion: Cord Wilhelm Kiel
Layout: Cord Wilhelm Kiel
Fotos: C. Kiel, Kreisverbände, privat